

Mittheilungen

über die Verhandlungen des Landtags.

II. Kammer.

N^o 22.

Dresden, den 13. Januar.

1840.

Achtzehnte öffentliche Sitzung am 9. Januar 1840.

(Beschluß.)

Fortsetzung der Berathung des Berichts der ersten Deputation über den Gesetzentwurf den Gewerbebetrieb auf dem Lande betreffend. — (Besondere Berathung. §§. 8, 9, 10, 11, und 12; dabei die allgemeine Frage über das Concessionswesen). —

Abg. Meißel: Ich muß vorausschicken, daß ich nicht ein Verehrer des steifen Buntzwanges bin, wie geglaubt werden könnte. Es fällt mir auch nicht ein, daß ich streng festhalte an dem jetzigen Buntwesen, oder eine Erweiterung desselben weder denken noch beantragen wollte. Wenn ich es auch thun wollte, so würden es nicht nur die vorher erwähnten Bilderstürmer, sondern auch die mit Wohlbedacht nicht in Siebenmeilenstiefeln, sondern in Sandalen Einherschreitenden zu vereiteln wissen. Ich kann mich aber mit dem Deputationsgutachten nicht einverstanden erklären. In dem Gesetzentwurfe erkenne ich ein zeitgemäßes Fortschreiten; es ist durch denselben klar angedeutet, daß ein Theil der Rechte der Städte aufgegeben werden soll, und ich habe noch nicht gehört, daß ein Abg. sich dagegen erklärte. Man scheint also einverstanden zu sein, daß ein Theil jener Rechte aufgegeben werden solle. Es ist sowohl in dem Gesetzentwurfe, als auch im Berichte der Deputation gesagt worden, daß der Zweck des Gesetzes sei, das nothwendige Bedürfnis an Handwerkern und Krämern auf dem Lande zu decken, und so weit das Gesetz oder der Bericht diesen Zweck verfolgt, werde ich auch gern meine Zustimmung dazu ertheilen. Allein hier scheint es mir anders zu sein. Der Bericht oder das Gutachten der Deputation bestreitet das Concessionsrecht der Regierung. Es ist der Regierung zum Vorwurf gemacht worden, daß sie durch dieses Concessionsrecht die Städte begünstige. Das dürfte hier nicht der Fall sein. Es scheint mir, als habe die Regierung sich klar dahin ausgesprochen, sowohl in den Motiven als in dem Gesetzentwurfe, als auch in dem, was der königl. Commissar erklärt hat, daß sie nur das Concessionsrecht in Anspruch nehme, um die Städte, soviel sein muß, zu schützen. Es liegt aber ein großer Unterschied zwischen Begünstigung und Schutz. Dieses Schutzes aber werden die Städte wohl bedürfen, um so mehr, als aus Allem sich herausstellt, daß man sich nicht so leicht mit dem begnügen wolle, was das Gesetz giebt. Die Deputation, wenn sie gleich erklärt hat, was

der Zweck des Gesetzes sein soll, und was ich vorhin anzog, geht weiter. Sie will der Regierung das Concessionsrecht nicht lassen, weil man darin eine Art Bevormundung erkennen will. Mag es nun Bevormundung sein oder nicht, so glaube ich, würde dieses Recht deshalb nöthig sein, weil jedes Gesetz dazu gegeben wird, um eine Art Vormundschaft auszuüben. Würde alles im Lande hergehen, wie es sollte, so bräuchten wir gar keine Gesetze. Diese sind da, damit Alles fest geregelt werden soll. Nun wird nicht das Gesetz gegeben, um zu bestimmen, es soll jede Landgemeinde nur einen Handwerker von dieser oder jener Gattung haben, sondern es ist nachgelassen, daß nach dem Bedürfnis mehrere Handwerker derselben Gattung in jeder Landgemeinde sich niederlassen können. Da das Gesetz dieses nicht verbietet, so hat die Regierung sich nur das Recht vorbehalten, nachzusehn, ob das angegebene Bedürfnis auch bestehe. Die Deputation, indem sie das Concessionsrecht der Regierung absprechen will, scheint sich nicht consequent zu bleiben; sie hat dadurch, sowie durch die Erweiterung einiger folgenden §§. deutlich zu erkennen gegeben, daß sie eigentlich viel weiter gehe, als der Gesetzesvorschlag thut. In dieser Beziehung scheint auch schon der Vorwurf der Nichtoffenheit, der ihr vor einigen Tagen gemacht worden ist, begründet zu sein. Sie hat Motiven gegeben, weshalb sie die §§. umgeändert wissen wolle, sie hat nachträglich noch Erläuterungen zu den §§. gegeben, sie hat alle Mühe angewandt, um zu beweisen, daß sie nur die Befriedigung des Bedürfnisses auf dem Lande bezwecke; allein das französische Sprichwort sagt: qui s'excuse, s'accuse. Es dürfte vielmehr, was die Deputation beantragt, ein Pfeiler zur Brücke sein, um zu dem Feenschlosse der unbedingten Gewerbefreiheit zu gelangen, zu einer Brücke, von welcher ein Abg. in der bayerischen Kammer behauptet, daß sie mit Recht von dem Gewerbestande die Teufelsbrücke genannt werde. Er fügt bei dieser Gelegenheit hinzu, daß die unbedingte Gewerbefreiheit als eine Astersfreiheit der Freiheiten zu betrachten sei, mit welcher kein Land beglückt werden könnte. Zwar haben wir vor Kurzem einen Aufsatz verlesen hören, welcher den Gegensatz beweisen soll. Wenn ich nicht irre, so waren es die Motiven zu einem Gesetze, was aber nicht ganz die Theorie der allgemeinen Gewerbefreiheit aufrecht erhält. Es scheinen auch nicht die Erfahrungen überall gleichen Erfolg gehabt und gleiche Resultate hervorgebracht zu haben. In Bayern wurde im Jahr 1825 der Grund zur Einführung einer unbedingten Gewerbefreiheit gelegt; man ist aber sehr bald davon zurückgekommen, und die geehrte Kammer wird gestatten, daß ich das vorlese, was der Minister des